Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Reklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 129. [50. Jahrgang.] Sonnabend den 3. Juni 1911. [50. Jahrgang.] Nr. 129.

Berlin, den 2. Juni.

Vierzig Jahre Reichsland.

Von einem Süddeutschen.

Unsere Reichsgeschichte feiert in diesen Tagen eine Art Jubiläum. Vor vierzig Jahren, am 3. Juni 1871, hat der erste Deutsche Reichstag dem ihm vorgelegten Gesetz über die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reiche zugestimmt. Jetzt sind fast genau vier Jahrzehnte später die gesetzgebenden Faktoren des Reiches über ein Reformwerk einig geworden, das, wie man es auch beurteilen mag, jedenfalls ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege ist, der in Blütenfrühling unserer nationalen Einigung eingeschlagen wurde.

Als Fürst Bismarck am 25. Mai 1871 jenes erste Gesetz über Elsaß-Lothringen begründete, zeichnete er mit den ihm eigenen großen Strichen das Bild der Situation. Die Wiedergewinnung der beiden Provinzen war eine militärisch-geographische Notwendigkeit; eine andere Friedensbürgschaft, als die territoriale gab es nicht. Ein neutraler Staat wäre ein für uns schädliches, für Frankreich nützliches Trugbild gewesen. Unter dem Zwang einer unabweisbaren Notwendigkeit vollzog sich die Annexion, mußte sie hinwegschreiten über die Abneigung der Einwohnerschaft beider Provinzen. Mit wunderbarer Schärfe, Staatsmann, Historiker und Völker-Psychologe zugleich, beleuchtete Fürst Bismarck die Gründe dieser Abneigung, die manchem naiven Gemüt andauernd wie ein Rätsel erscheinen wollten. Deutschlands Wücht war es, sie mit Geduld zu überwinden. An Mitteln dazu fehlte es nach Bismarck's Ueberzeugung nicht: „Wir Deutsche haben im ganzen die Gewohnheit, wohlwollender, mitunter etwas ungeschickter, aber — auf die Dauer kommt es doch heraus — wohlwollender und menschlicher zu regieren, als es die französischen Staatsmänner tun; es ist das ein Vorzug des deutschen Wesens, der in dem deutschen Herzen des Elsässers bald anheimeln und erkennbar werden wird. Wir sind außerdem imstande, den Bewohnern einen viel höheren Grad von kommunaler und individueller Freiheit zu bewilligen, als die französischen Einrichtungen und Traditionen es je vermochten." So glaubt er, daß es uns „mit deutscher Geduld und deutschem Wohlwollen gelingen wird, den Landsmann zu gewinnen, vielleicht in kürzerer Zeit, als man jetzt erwartet. Wir dürfen uns nicht schmeicheln, rasch am Ziele zu sein, aber doch auch nicht verzweifeln, das Ziel, dem wir zustreben, unserereits noch zu erleben, wenn wir die Zeit erfüllen, welche dem Menschen im Durchschnitt gegeben ist."

Als 56jähriger hat Bismarck so gesprochen. Und er tat, was in seinen Kräften stand, um das Werk zu fördern. Am 1. Januar 1874 gab die Einführung der Reichsverfassung den Elsaß-Lothringern das Wahlrecht zum Reichstag; im selben Jahre noch wurde der Landesausschuß geschaffen, zunächst als ein Ausschuß der Bezirkstage mit lediglich beratschlagender Tätigkeit; am 2. Mai 1877 und wieder am 4. Juli 1879 wurden seine Befugnisse erweitert und unter dem letzteren Datum zugleich ein Kaiserlicher Statthalter, ein reichsländisches Ministerium und der Staatsrat eingesetzt. Aus den Reden, mit denen Fürst Bismarck diese gewichtigen Maßnahmen ankündigte, ergab sich zweierlei: Eine gewisse Herabstimmung des Optimismus, mit dem er einst in die Zukunft der Beziehungen zwischen den Elsaß-Lothringern und dem Reiche geschaut hatte, und ein starkes Bedürfnis nach Entlastung. Die ungeheure Fülle der Arbeit, die sonst und gerade damals auf ihm lastete, gestattete ihm nicht mehr, dieser speziellen Aufgabe so viel geduldige Kraft zu widmen, wie ihre ungeahnten Schwierigkeiten erforderten. So wollte er denn aufsparen, elsässischer Minister zu sein und die Verantwortung auf die Schultern von Männern legen, die den Personen und den Dingen im Reichsland näher stimmen, als er.

Worin bestanden diese ungeahnten Schwierigkeiten? Kein Zweifel, man hatte die Bedeutung der beiden Jahrhunderte, in denen Elsaß-Lothringen vom Reiche getrennt war, unterschätzt. Man hatte vergessen, wie locker und hinfällig der Staatsverband gewesen war, von dem die beiden Provinzen losgelöst worden waren, wie völlig es vom dreißigjährigen Krieg bis zu den Tagen Friedrichs des Großen an allem gefehlt hatte, was man deutsches Vaterlandsgefühl heißt; wie stark andererseits zunächst der Glanz des Sonnenkönigs, später die genialen Eroberungen und Erhebungen der Revolution, das strahlende Gestirn des Ersten Napoleon, in dessen Schlachten die Söhne des Landes mit besonderem Ruhme sich schlugen und die Bluttaufe französischer Gloire empfingen, und bei allbem die straffe Zentralisation des Staates auf die Bevölkerung Elsaß-Lothringens hatte wirken müssen. Die Stürme, die jahrhundertelang über dieses Grenzland hingebraust waren, hatten seine Bevölkerung besonders stark durchgeschüttelt. Zahlreiche alte Familien waren vernichtet oder vertrieben und hatten dem Eindringen des Franzosentums ein weites Tor geöffnet. Aus der Mischung deutscher Charakterzüge mit gallischem Wesen erwuchs ein Elsaß-Lothringertum, beiden verwandt und doch nicht gleich, aber von beiden geliebt und umworben. Das ursprüngliche deutsche Nationalgefühl trat der Bevölkerung zum ersten Mal wieder in der Gestalt des Siegers entgegen, der ihr den Krieg ins blühende Land trug und sie gewaltsam aus liebgewordenen, vielfach durch Familienbande gefestigten Beziehungen losriß.

Stimmungen und Verhältnisse solcher Art konnten sich in keinem Jahrzehnt, geschweige denn von heute auf morgen, wandeln. Eine lange, ruhige und stetige Arbeit durfte nicht müde werden, um das Vertrauen der Bevölkerung zu werben und ihr dabei doch das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß das Reich sie unter dem Druck einer ehernen Notwendigkeit an sich gezogen hatte und daß das Vollbürgertum nur durch Einfühlen und Einfügen in die großen Zwecke des Reichs erworben werden könne. Es ist schon nicht der Zeit und jetzt nicht die Stunde, darzutun, wie mannigfach wir es vielleicht an dieser stetigen Arbeit haben fehlen lassen. Das aber ist gewiß, daß gerade das Zurücktreten Bismarcks aus der unmittelbaren Beschäftigung mit Elsaß-Lothringen lähmend wirken mußte. So ist denn zwar der als Strafmittel vorübergehend neubelebte Paßzwang wieder beseitigt und der sogenannte Diktaturparagraph aufgehoben worden, für den Ausbau der reichsländischen Verfassung aber ist seit 1879 nichts mehr geschehen. Und doch war in ihr ein Prinzip aufgestellt worden, das mit innerer Notwendigkeit zu weiterer Ausgestaltung drängte.

Soll man sich da mehr darüber wundern, daß die Verhältnisse schließlich nach dem einmütigen Urteil der besten Kenner von Land und Volk und aller Freunde des Reichslands unhaltbar wurden, als darüber, daß sie verhältnismäßig solange schlecht und recht hielten? In all den endlosen Verzögerungen und Enttäuschungen war eine unerfreuliche Saat von Unzufriedenheit und Mißmut aufgegangen, und es wurde höchste Zeit, den Acker neu zu bestellen, wenn er eines Tags eine bessere Ernte verheißen sollte. Nur schwieriger und verwickelter war die Aufgabe geworden. Neben der auf die innere Verschmelzung mit dem Reich gerichteten Entwickelung waren in den letzten Jahrzehnten andere Strömungen allgemeinerer Art hergegangen, die gerade in Elsaß-Lothringen besonders bedeutungsvoll werden mußten.

Vor 40 Jahren befand sich die Sozialdemokratie noch in den allerersten Anfängen, heute hat sie an Wählerzahl alle anderen Parteien überflügelt. Damals wurde der Reichstag vor große organisatorische Aufgaben für die neu begründete Einheit gestellt, heute sind es wirtschaftliche und soziale Fragen, materielle Interessengegensätze, die einen wesentlichen Teil der Gesetzgebung in Anspruch nehmen und durch sie ausgeglichen werden müssen. Wenn auch bei den Erfordernissen für Heer und Flotte der alte nationale Geist noch immer durchgedrungen ist, so haben sich doch die Parteikämpfe unter der Einwirkung der materiellen Interessenfragen noch verschärft. Ist das aber in demselben Deutschland geschehen, in dem die glorreiche Heldenzeit der Einigung einen gewaltigen Fonds von nationalem Hochgefühl hinterlassen hatte, wieviel mehr mußte sich diese Entwickelung im Reichsland geltend machen, wo an die Stelle dieses mächtigen Kapitals der Begeisterung der Passivposten der Abneigung gegen die neuen Verhältnisse trat, und wo gerade jenes Hoch- und Selbstgefühl die Lage vielfach noch verschlimmerte, weil es die ins Land gekommenen Beamten hier und da den rechten Ton und Griff verfehlen ließ. Die Verschärfung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze, das Zurücktreten der idealistischen Mächte im Geistesleben unseres Volkes haben die Arbeit in Elsaß-Lothringen erheblich erschwert.

In derselben Periode hat aber auch das Reich eine politischen und wirtschaftlichen Aufschwung genommen, der keinen Vergleich zu scheuen hat. Immer stärker wirkt die Anziehungskraft seines riesenhaften politischen und wirtschaftlichen Gewichts, hält sie jedes seiner Glieder mit der Unwiderstehlichkeit der Naturkraft fest, macht sie jede Loslösung gleichsam physisch unmöglich. Das „civis germanus sum" hat heute einen ebenso guten Klang in der Welt, wie der Name Paris zu der Zeit, wo er die Elsaß-Lothringer mit Zauberbanden an Frankreich fesselte. Und nun dieses elsaß-lothringische Volk selbst: Auch heute noch hat es seine besondere Eigenart und wird sie noch lange haben. Auch in seinen besten Elementen, seinen geborenen Führern ist es fast verschieden vom Altpreußentum. Dem demokratischen Drange fehlt das konservative Gegengewicht, das politische Leben zeigt sich viel mehr von persönlichen und lokalen Streit als von sachlichen Werten und allgemeinen politischen Grundsätzen beherrscht und erfüllt. Aber ein arbeitsames Volk ist es, das trotz aller fremden Aufpfropfungen in seinem Wesen immer noch deutsch ist, deutsch insbesondere auch in seinem Partikularismus, der leidenschaftlich die Anerkennung und Würdigung seiner Stammeseigentümlichkeiten verlangt. Dem Schielen nach Frankreich wird sein stärkster Anreiz genommen sein, wenn das Gefühl schwindet, daß man in schroffem Gegensatz zu der Verhätschelung von französischer Sitte in Deutschland doch immer nur Bürger zweiter Klasse sei. —

Die mit der Vorberatung der Verfassungsgesetze betraute Kommission hat nicht weniger als fünf Lesungen vorgenommen. Einmal hat sie ihre Arbeiten, weil sie auf einen toten Punkt angelangt schienen, auf drei Wochen unterbrochen. Noch kurz vor dem Abschluß erhebt eine Gesamtabstimmung mit völlig negativem Ergebnis. Derart waren die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, von jenem 14. März 1910 an, wo der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg dem einmütigen Wunsch des Reichstags entsprechend eine Reform der elsaß-lothringischen Verfassung in Aussicht stellte, bis zu dem 24. Mai 1911, an dem der Reichstag dem Reformwerk endgültig zustimmte. In der unvermeidlichen Detailarbeit mochte es zuweilen scheinen, als ob ein kleinliches und schmähliches Markten und Feilschen an die Stelle staatsmännischen Schaffens getreten wäre oder als ob gar wichtige Grundsätze staatserhaltender Politik den opportunistischen Bedürfnissen des Tages geopfert würden. Doch der Eindruck verschwindet, wenn man das Erreichte mit dem Punkte vergleicht, bis zu dem Bismarck das Werk geführt hat, und das Endergebnis nach den Prinzipien beurteilt, die für seine Schöpfung von 1871 und 1879 maßgebend waren.

Was ist denn eigentlich das „Gefährliche" an der Reform, wie sie in diesen Tagen nach langen Mühen Gesetz geworden ist? Die Stellung des Kaisers und des Statthalters ist nicht geschmächt, vielmehr verstärkt worden. Soll es das Oberhaus sein, das zur Hälfte aus vom Kaiser ernannten Mitgliedern besteht und in das die politisch reifsten Elemente eintreten werden? Oder das Wahlrecht für die Zweite Kammer, das ja allerdings stark demokratisch ist, und wohl eine etwas größere Anzahl von Sozialdemokraten in die Kammer bringen wird, als der Landesausschuß aufzuweisen hat, das aber doch keine wesentlich anderen Zustände hervorbringen wird, als sie dasselbe Wahlrecht im ganzen übrigen Süddeutschland, in Baden, Württemberg und Bayern geschaffen hat und das nebenbei ganz gewiß nicht im französischen Sinne wirken wird, weil es eine französisch beeinflußte Oberschicht zu Gunsten der breiteren zweifellos deutschen Schichten der Bevölkerung zurückdrängt? Die Altersplural-stimmen wurden ja als ein gewisser Schutz gegenüber den unreifen, jugendlichen Elementen gedacht, und hätten vielleicht so gewirkt; aber sie wären zunächst gerade der ältesten deutschen Generation zugute gekommen, die noch mehr unter französischem Einfluß steht, als die auf dem Boden des Reiches geborene. Oder endlich die Bundesratsstimmen? An der historisch begründeten, auf die mächtigsten Realitäten der Welt gestützten Machtstellung Preußens im Reich werden sie tatsächlich nichts ändern.

Daß die Klausel wegen ihrer Anrechnung der Ehre Preußens zu nahe trete, ist ein mir schwer begreiflicher Standpunkt; denn wie kann ein Opfer, das in einer nationalen Frage freigebig gebracht wird, etwas anderes, als ein Ehrentitel sein? Hier ist doch wirklich die fast einmütige Stimme Süddeutschlands, daß Preußen mit dieser hochherzigen Entschluß ausgereich wie schon lange nicht mehr das Gebiet der moralischen Eroberungen betreten habe, ein überaus bedeutsamer Faktor.

Es bleibt in Wahrheit nur die Frage, ob die elsaß-lothringischen Stimmen dem Reiche schaden können oder nicht. Die verbündeten Regierungen haben die aus der Mitte des Reichstags vorgeschlagene Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und politischen Fragen abgelehnt, weil es unmöglich erschien, mit Sicherheit zu sagen, wann eine wirtschaftliche Frage anfange oder aufhöre politisch zu sein. Tatsächlich werden aber doch die Fälle, in denen der Statthalter von dem ihm erteilten Rechte Gebrauch macht, die drei Stimmen anders zu instruieren, als der Kaiser und König die Stimmen Preußens instruiert, nur bei Entschließungen über wirtschaftliche Angelegenheiten vorkommen. Aber glaubt man, daß in einer hochpolitischen Frage der Statthalter, der doch ein Vertrauensmann des Kaisers und des Reichskanzlers sein muß, seinen eigenen Weg gehen könnte? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Gewiß können die speziellen preußischen Interessen mit denen Elsaß-Lothringens in wirtschaftlichen Fragen einmal auseinandergehen. Wir erinnern uns eines Falles — es handelte sich um eine Verordnung zum größeren Schutze der Weinberge gegen die Reblaus —, in dem Preußen durch freiwillige Nachziehigkeit im Bundesrate dem elsaß-lothringischen Votum gerecht wurde. Nehmen wir an, daß künftig einmal in einem solchen Falle mit Hilfe der drei elsaß-lothringischen Stimmen Preußen im Bundesrate unterliegt, so würde es sich dabei doch wahrscheinlich um solche wirtschaftlichen Angelegenheiten handeln, die für das elsaß-lothringische Landesinteresse viel wichtiger sind als für das preußische.

Jedenfalls steht einer seltenen und auf wirtschaftliche Interessen beschränkten Oppositionsmöglichkeit der ungeheure moralische und erzieherische Wert der verantwortlichen Mitarbeit an der Leitung der Reichsgeschäfte gegenüber, die sicherlich wie kaum etwas anderes geeignet ist, das Band, das Elsaß-Lothringen mit dem Reiche verbindet, fester, stärker und inniger zu machen, und so deutsch und verdeutschend zu wirken. Diese Stimmen bedeuten die Mündigkeit des Reichslandes. Mit ihrer Verleihung sprechen ihm der Kaiser, die verbündeten Regierungen und die Vertretung des deutschen Volkes ihr Vertrauen aus, daß es den guten Willen und die Kraft haben werde, das unzertrennliche Wohl des Landes und des Reiches in einem zu pflegen und zu fördern.

Damit stehen wir allerdings wieder bei der Frage, ob dieses Vertrauen begründet und berechtigt ist oder nicht. Kein Zweifel, es gehört ein gewisser Optimismus dazu, sie rückhaltlos zu bejahen. Aber ohne ein gewisses Maß von Optimismus läßt sich überhaupt nicht regieren. Und es bleibt dabei, daß Fürst Bismarck sich auch durch schmerzliche Erfahrungen in diesem Optimismus nicht hat irre machen lassen, und daß die jetzt durchgeführten Reformen die logische Weiterführung seines Werkes sind. Es hat ja nicht ganz an Versuchen gefehlt, gerade die Autorität des großen ersten Kanzlers gegen das Reformwerk seines Nachfolgers auszuspielen. Aber das kann nur mittels der bekannten Kunststriche geschehen, die ein aus dem Zusammenhang gerissenes Wort buchstabengetreu an die Stelle des lebendigen schöpferischen Geistes setzen. In der Reichstagssitzung vom 23. Mai führte der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatsminister Dr. Delbrück eine überaus interessante Stelle aus einer Reichstagsrede des Fürsten Bismarck vom 27. März 1879 an. Bismarck erklärte damals, daß er hauptsächlich aus zwei Gründen Wert lege auf die Beteiligung der Bevölkerung Elsaß-Lothringens am Bundesrat, einmal weil sie im ganzen Lande als eine „question de dignité" empfunden werde, also als „eines der Imponderabilien in der Politik, die oft viel mächtiger wirken als die Frage des materiellen und direkten Interesses". Sodann aber halte er es für einen Mangel in der jetzigen Zusammensetzung des Bundesrats, daß die Vertretung des Reichslandes in bezug auf die allgemeine Reichsgesetzgebung lediglich durch die zentralen Reichsbehörden stattfinde, die doch das eigentliche Landesinteresse bis in seine lokalen Verzweigungen hinein nicht mit der Kenntnis vertreten könnte, wie es in den übrigen Bundesländern durch deren Landesministerien der Fall sei. Man weiß, und der Staatssekretär fügte ausdrücklich hinzu, daß Fürst Bismarck trotzdem vorerst mit einer konstitutionen Vertretung des Reichslands im Bundesrat sich begnügte, aber niemand wird leugnen, daß in diesen bedeutsamen, echt Bismarckschen Sätzen doch schon die vollen Keime der inneren Entwicklung liegen, die zu den nunmehr fertigen Gesetzen geführt hat. Bei demselben Anlaß hat Fürst Bismarck weiter gesagt: „Ich bin gern bereit, bei den verbündeten Regierungen zu befürworten, daß wir den Reichslanden das höchste Maß von Selbständigkeit gewähren, das mit der militärischen Sicherheit des Reichs auf dieser Seite vertreten ist," und ferner: „Ich habe noch heute Vertrauen zu dem deutschen Keime, der ungestört vorhanden ist, wenn auch überwuchert von dem üppigen Firnis der hundertjährigen französischen Angehörigkeit, und glaube, daß diese früher französisch gesonnen, von uns gestützte Eiche kräftig wieder ausschlagen wird, wenn wir Ruhe und Geduld haben und wenn es uns gelingt, die Fehler unseres eigenen Charakters, die Neigung für das Zuviel-regieren zurückzuhalten, und uns der ruhigen Beobachtung des Wachstums mehr hingeben als dem Bedürfnis, an der Pflanze zu modeln und zu schneiden."

Allerdings hat Fürst Bismarck, wie Herr v. Bethmann Hollweg am 28. Januar d. J. selber hervorhob, späterhin, nämlich zu Ende der achtziger Jahre, doch noch den Ausweg der unmittelbaren Angliederung des Reichslands an Preußen oder an eine Mehrheit von Bundesstaaten erwogen, nämlich damals, als das in Blüte stehende Protestertum sein Vertrauen mit krassestem Undank lohnte. Aber gerade daß der Schöpfer des Reichs und des Reichslands den gründlich durchgedachten und durchgearbeiteten Gedanken doch wieder fallen ließ, und sich trotz aller Enttäuschungen entschloß, an der bisherigen Politik festzuhalten, macht die Frage, ob nicht vielleicht ein anderer Weg besser und schneller zum erwünschten Ziele geführt hätte, heute zu einer müßigen Spielerei. Bismarck hat es selbst bei der entschiedenen Wendung gelassen, die er der Reichslandpolitik in den Jahren 1877 und 79 gegeben hatte, und heute, nachdem Jahrzehnte inzwischen vergangen sind, muß es erst recht dabei bleiben. Denn damals nicht 1910 oder 1911, durch den Fürsten Bismarck ist der Schritt geschehen, der mit der Schaffung einer eigenen elsaß-lothringischen Regierung und Verwaltung und mit der Ausgestaltung des Landesausschusses zu einem Parlament dem Elsaß-Lothringertum den Anspruch gab, die innere politische Entwickelung des Landes selbständig mitzubestimmen. Konnte ihm dieses Recht ohne Gefahr verliehen werden, so war der nächste Schritt, die Teilnahme an der Verwaltung der Reichsgeschäfte nur eine Frage der Zeit und der gesetzgeberischen Technik. Heute aber gilt das „für immer vereinigt" des am 3. Juni 1871 angenommenen Gesetzes mehr denn je. Ist dem so, dann braucht auch die Frage der Fortbildung der reichsländischen Verfassung nicht mehr durch die Sorge um die äußere Sicherheit dieses schwer bestrittenen Besitzes komplisiert zu werden, dann heißt, der Fall ist eingetreten, den Fürst Bismarck in seinem Satz von der militärischen Sicherheit des Reiches voraussah.

Aus des gegenwärtigen Reichskanzlers Munde soll das Wort herrühren, daß es keinen Sinn habe, die späteren Reichskanzler immer mit dem Maßstabe des Heros Bismarck zu messen; dabei werde jeder mehr oder weniger schlecht abschneiden. Das Einzige, was man billigerweise von den Nachfolgern eines Bismarck verlangen könne, sei, daß sie sich bemühen, von ihm zu lernen. Und wir glauben, das hat Herr von Bethmann Hollweg getan. Eine Vereinigung des jetzigen höchst unerfreulichen Zustandes war ohne schweren Schaden für das Reich ebenso unmöglich, wie die Rückkehr zum Annexionsgedanken oder zum Glacisstandpunkt. So blieb nur ein entschlossenes Vorwärts. Daß dabei zunächst noch nicht alles ganz nach Wunsch gehen wird, — wer sollte es anders erwarten? Sehr wohl möglich ist es, daß das Produkt des allgemeinen gleichen Wahlrechts für das erstemal nicht durchaus schön ausfallen wird. Auch das Oberhaus wird sich in seine Aufgabe erst einleben müssen. Da heißt es eben auch jetzt wieder Geduld haben. Aber die innere Notwendigkeit der Dinge wird aus dem voll berechtigten Glied des Deutschen Reichs auch ein lebendiges Glied des Reichskörpers machen. Eine Saat auf Hoffnung streuen wir in die tief gepflügten Furchen des Reichslands. Keine Wunderernte darf uns locken. Aber das Saatkorn ist gut und der Boden fruchtbar und will wir im Vertrauen auf die besten Kräfte unseres Volkstums handeln, deshalb wird auch der gute Genius unseres Volkes mit beim Werke sein.

Rundschau im Auslande.

Marokko.

Paris, 2. Juni. Der Agence Havas wird aus Fez unter dem 28. Mai gemeldet: Alle Kolonnen unter der Leitung General Moiniers werden am Montag früh in der Richtung auf Bu Gaschuk und Benamar ausrücken, von wo starke Ansammlungen gemeldet werden. Nur ein Besatzungskorps wird in Fez zurückgelassen. Der Sultan befürchtet, daß der heilige Krieg proklamiert werden wird, und wünscht eine rasche Unterdrückung der Bewegung, um ihre Ausbreitung zu verhindern. Der Kaid Embarek Bu Khabsa ist an Stelle des Bruders El Glauis, der ebenfalls abgesetzt worden ist, zum Pascha von Marrakesch ernannt worden. Briefe aus Sefru, in denen um Hülfe gebeten wird, bestätigen, daß die Stadt von den Ait Aussi bedroht wird.

Nach einem weiteren Telegramm aus Fez ist der Plan Moiniers, vor seinem Marsch auf Mekines die Rückzugstraße zu säubern, um sichere Verbindungen herzustellen, sodann den Feind aus den Gebirgszügen zu vertreiben, von wo aus die jüngsten Angriffe erfolgten, und eine kürzere direkte Verbindung über den Zegattapaß herzustellen.

Die Agence Havas meldet aus Casablanca vom 1. Juni: Die Zaers haben sich vereinigt und über den Bu Regreg auf Rabat und Fez in Marsch gesetzt.

Paris, 2. Juni. Wie einem hiesigen Blatt unter dem 28. Mai aus Fez gemeldet wird, sollte die Kolonne Brulard entsandt werden, um einen nach der Hauptstadt abgegangenen Provianttzug zu schützen, doch sei der Abmarsch auf dringendes Ersuchen des Sultans aufgeschoben worden, der angeblich die Mitteilung erhalten habe, daß unter den Berberstämmen der heilige Krieg proklamiert worden sei und daß im Süden, Osten und Westen von neuem große Ansammlungen aufrührischer Stämme stattfänden.

Echo de Paris meldet aus Oran, daß alle Truppen der Kolonne Toutée von neuem im Lager von Merada versammelt werden sollen. Man wisse nicht, ob diese Maßnahme bezwecke, einen entscheidenden Schlag gegen die Stämme des Beddugebietes zu führen, in dem bereits so viel Franzosen gefallen seien, oder ob man sich dazu entschließen wolle, den Muluyaflutz zu überschreiten, um die aufständischen Stämme auf dem linken Ufer zu züchtigen.

London, 1. Juni. Unterhaus. Dillon richtete an Sir Edward Grey die Anfrage, ob er die Versicherung geben könne, daß keine Verhandlungen über eine Teilung von Marokko in Einflußsphären begonnen oder abgeschlossen worden würden, bevor das Unterhaus Gelegenheit erhalten habe, über den Vorschlag zu beraten. Grey erwiderte: Ich kann keine auf Voraussetzungen beruhende Zusicherungen dieser Art geben. Um aber falschen Auffassungen vorzubeugen, möchte ich hinzufügen, daß, soviel ich weiß, keine Verhandlungen über eine Aenderung des politischen Status Marokkos in Erwägung gezogen werden. Dillon fragte darauf, ob die Aufmerksamkeit Greys auf die Operationen gelenkt worden sei, die jetzt gegen die Stämme in der Nachbarschaft von Fez unternommen würden, da den britischen Agenten in Fez anzuweisen wolle, über die Einzelheiten dieser Operationen eingehend zu berichten, und ob er dann diese Berichte dem Unterhause vorlegen werde.

Grey erwiderte, der britische Vertreter in Marokko werde in der gewöhnlichen Weise über bedeutende Ereignisse in Marokko berichten, aber er selbst könne nicht Mitteilungen machen, wo es sich nicht um englische Unternehmungen handele, obwohl er vielleicht später in der Lage sein werde, über Tatsachen, wenn es gewünscht werde, zu berichten. Dillon fragte dann weiter, ob Grey seine Aufmerksamkeit auf die Berichte gelenkt habe, denen zufolge Sultanstruppen unter dem Kommando französischer Offiziere einen großen Landstrich verwüstet hätten und achtzig Frauen und Kinder auf dem Markte öffentlich verkauft worden wären; ob ferner in Anbetracht der Tatsache, daß Frankreich den Anspruch erhebe, als Vertrauter Europas zu handeln, und daß diese Expedition mit Zustimmung und Billigung der britischen Regierung unternommen worden sei, er nicht in Erwägung ziehe, daß England wenigstens in gewissem Maße für diese Barbareien verantwortlich sei und daß das Haus über das Vorgehen der französischen und der Sultanstruppen unterrichtet werden müsse. Grey antwortete: Sicherlich ist die britische Regierung nicht verantwortlich. Ich muß es ausdrücklich mißbilligen, daß eine solche Frage in einer Form gestellt wird, die ein schlechtes Licht auf Offiziere einer anderen Macht wirft, bevor die britische Regierung überhaupt volle Information erhalten kann. Was die Tatsachen anbelangt, bin ich nicht im Zweifel, daß die französische Regierung selbst die erste sein wird, volle Aufklärung zu geben. (S. u.)

Paris, 2. Juni. Der marokkanische Minister des Aeußern El Mokri erhob einem Berichterstatter gegenüber entschieden Einspruch gegen die Meldung der Times, wonach ein Teil der Besatzung von Fez, unter Führung französischer Instrukteure, das ganze Gebiet von Lemta eingeäschert, viele Leute getötet und 80 Frauen und Kinder auf dem Markt in Fez als Sklaven verkauft habe. El Mokri erklärte, er habe von seinem Sohne einen vom 24. Mai datierten Brief aus Fez erhalten, in dem dieser ihm mitgeteilt habe, daß eine kleine Truppenabteilung in das Gebiet von Lemta entsandt worden sei, um Stämme, die mehrere Boten überfallen und ausgeplündert hätten, zu züchtigen. Die Hauptursacher der Missetaten seien nach Fez gebracht, aber niemand sei getötet oder als Sklave verkauft worden. Die Meldung der Times beruhe auf Erfindung.

Die Schiedsgerichtsfrage im englischen Unterhause.

London, 1. Juni. Unterhaus. Im Verlauf der Sitzung fragte Byles an, ob Grey irgendeine amtliche Mitteilung darüber erhalten hätte, daß Deutschland sich bereit erklärt hätte, mit Amerika über einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag zu verhandeln, der dem ähnlich sei, welcher, wie verlaute, sich jetzt in den Händen der britischen und der französischen Regierung befinde. Weiter fragte er an, ob Grey dem Hause Auskunft geben könne über den Fortschritt der Vertragsverhandlungen, soweit sie Großbritannien betreffen. Grey beantwortete die erste Frage mit nein. Was die zweite Frage angehe, so könne er nichts seiner Antwort vom 30. Mai hinzufügen. Aber er erwarte jetzt, wo er den Vertragsentwurf empfangen habe, einen Fortschritt.

London, 2. Juni. Während eines gestern abend im nationalliberalen Klub gegebenen Festmahls hielt Staatssekretär Grey eine Rede, in der er ausführte, es